

Satzung der Gemeinde Borsdorf über die Entschädigung von ehrenamtlich tätigen Bürgern (Entschädigungssatzung)

Aufgrund § 4 in Verbindung mit § 21 der Sächsischen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 21.04.1993 (Sächs GVBl. S. 301, 30. April), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.11.2000 (Sächs GVBl. S. 482, 492; 24. November) und dem Gesetz zur Änderung aufwandsentschädigungs- und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 24.08.2000 i.V.m. der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Regelung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Bürgermeister (SächsAEVO) vom 15.02.1996 sowie dem Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des Freistaates Sachsen (SächsSchiedsStG) vom 22.04.1999, hat der Gemeinderat der Gemeinde Borsdorf am 28. März 2001 mit Beschluss Nr. 014/2001 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Form und Anspruch der Aufwandsentschädigung

1. Die Aufwandsentschädigung wird in Form einer monatlichen Pauschale oder eines Sitzungsgeldes gemäß den Bestimmungen dieser Satzung gezahlt.
2. Der Anspruch entsteht in dem Monat, in dem die ehrenamtliche Tätigkeit aufgenommen wird und endet in dem Monat, in dem die ehrenamtliche Tätigkeit beendet wird.
3. Die monatliche Pauschale und das Sitzungsgeld werden jeweils am Ende eines Quartals gezahlt.
4. Die monatliche Pauschale und das Sitzungsgeld wird im Jahr 2001 in DM und ab dem Jahr 2002 in Euro gezahlt.

§ 2

Aufwandsentschädigung der Gemeinderäte

1. Gemeinderäte der Gemeinde Borsdorf erhalten eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale in Höhe von 60,- DM; ab dem Jahr 2002 beträgt sie 30,- Euro.
2. Die Gemeinderäte, sowie beratend hinzugezogene Bürger der Gemeinde Borsdorf, erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld je Sitzung der beschließenden Ausschüsse in Höhe von 20,- DM; ab dem Jahr 2002 beträgt das Sitzungsgeld 10,- Euro.
3. Die Aufwandsentschädigung entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt unbegründet nicht ausgeübt hat.

§ 3

Aufwandsentschädigung für Ortschaftsräte

1. Ortschaftsräte erhalten eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale in Höhe von 30,- DM; ab dem Jahr 2002 beträgt sie 15,- Euro.
2. Ortschaftsräte erhalten eine Aufwandsentschädigung als Sitzungsgeld je Sitzung des Ortschaftsrates in Höhe von 20,- DM, ab dem Jahr 2002 beträgt das Sitzungsgeld 10,- Euro, wenn sie an der Sitzung teilgenommen haben.

§ 4

Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsvorsteher

Ehrenamtliche Ortsvorsteher der Gemeinde Borsdorf erhalten eine Aufwandsentschädigung von 25 % der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Bürgermeister gemäß SächsAEVO.

§ 5

Aufwandsentschädigung für Friedensrichter

1. Der/Die Friedensrichter in der Gemeinde Borsdorf erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 80,- DM; ab dem Jahr 2002 beträgt sie 40,- Euro.
2. Mit der Amtsausübung verbundene Kosten werden gegen Quittungsvorlage oder nach Maßgabe des § 6 dieser Satzung erstattet.

§ 6

Reisekostenvergütung

Für beantragte, genehmigte Dienstreisen erhalten Mitglieder des Gemeinderates und des Ortschaftsrates Reisekostenvergütung nach dem gültigem Reisekostengesetz.

§ 7

Ersatz des Verdienstauffalls

1. Die Mitglieder des Gemeinderates und des Ortschaftsrates haben neben der im § 2 und § 3 geregelten Aufwandsentschädigung Anspruch auf Ersatz des Verdienstauffalls.
2. Der Ersatz des Verdienstauffalls erfolgt auf Antrag des Arbeitgebers.

§ 8
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung der Gemeinde Borsdorf vom 22. September 1999 außer Kraft.

Martin
Bürgermeister

Borsdorf, den 28. März 2001